

IGR
MRZ
MEROR



Elbe-Neiße
Łaba-Nysa
Labe-Nisa

SOLIDARNOŚĆ



Gemeinsamer Aufruf

Europawahl 2014: Wählen gehen für ein soziales Europa!

Im Mai wird in der Europäischen Union das neue Europäische Parlament gewählt. Das Europäische Parlament ist das einzige Organ der EU, das direkt von der Bevölkerung gewählt wird. Rund 350 Millionen Wahlberechtigte sind dazu aufgerufen, in den 28 Mitgliedsländern der EU ihre Stimme abzugeben und 751 Abgeordnete als ihre Vertretung in das Europäische Parlament zu wählen.

Das Europäische Parlament bildet ein wichtiges Gegengewicht zum Europäischen Rat, also den Regierungen der EU-Staaten, und zur Europäischen Kommission. Bei sozialen Verbesserungen konnte sich das Parlament schon mehrfach gegen die EU-Kommission durchsetzen!

Mit einem stärkeren Parlament geht das noch besser!

Wahltermine:

- Tschechien:** am 23./24. Mai 2014 werden 21 Abgeordnete gewählt.
Deutschland: am 25. Mai 2014 werden 96 Abgeordnete gewählt.
Polen: am 25. Mai 2014 werden 51 Abgeordnete gewählt.

Die Gewerkschaften im Dreiländereck Sachsen, Nordböhmen, Niederschlesien rufen dazu auf, wählen zu gehen und die Richtung hin zu einem sozialeren Europa mitzubestimmen.

**Für Europas Zukunft: In Gute Arbeit investieren!
Wählt die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich dafür einsetzen!**

Interregionaler Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße

Wählen gehen!



**Meine Stimme
für ein Europa mit Zukunft:
sozial, gerecht, demokratisch!**

**Europawahl 2014:
23. und 24. Mai 2014 in Tschechien
25. Mai 2014 in Deutschland und Polen**

Forderungen des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße

Einhaltung sozialer Grundrechte und Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Europa!

Die EU ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Im Mittelpunkt muss die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in allen Regionen Europas stehen. Wir fordern einen Sozialpakt und eine soziale Fortschrittsklausel für Europa! Keine Maßnahmen, die zu sozialem Rückschritt führen!

In die Zukunft Europas investieren statt Kaputtsparen!

Die Kürzungspolitik in den Mitgliedsstaaten führt zu steigender Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen, Anstieg prekärer Beschäftigung, Armut, Abwanderung und Perspektivlosigkeit der Menschen. Wir fordern einen umfassenden Investitionsplan für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa der Menschen und Regionen!

Schaffung von Guter Arbeit und Bekämpfung von prekärer Beschäftigung!

Prekäre Beschäftigung greift in Europa immer weiter um sich und ersetzt reguläre Arbeit. Wir fordern die Bekämpfung von prekärer Arbeit in Form von Leiharbeit, Werkverträgen, Niedriglöhnen, Scheinselbständigkeit, Müllverträgen etc. Wir fordern die Einhaltung von Tarifverträgen und sozialen Standards bei der Vergabe öffentlicher Mittel und EU-Mittel! Kein öffentlich gefördertes Dumping!

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – echte Perspektiven für Jugendliche in Europa schaffen!

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in vielen Ländern dramatisch gestiegen. Wir fordern eine schnelle Umsetzung der Jugendgarantie und die Aufstockung der Finanzmittel. Wir fordern echte Perspektiven für Jugendliche durch Gute Arbeit und Ausbildung statt unbezahlter Praktika, befristeter Verträge und Warteschleifen!

Faire Arbeitnehmermobilität – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!

Die Arbeitnehmermobilität muss nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz umgesetzt werden! Wir fordern: Schluss mit der Ausbeutung mobiler Beschäftigter! Die Information und Beratung für mobile Beschäftigte zu ihren Rechten muss ausgebaut werden! Die Kontrollen müssen verstärkt werden!

Mehr Demokratie und Mitbestimmung – starke Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte!

Unter dem Deckmantel der Krisenpolitik und des Bürokratieabbaus, wird in die nationalen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte eingegriffen. Wir fordern: Die Tarifautonomie und die Sozialpartnerschaft müssen in den EU-Verträgen wirksam gesichert und von allen Institutionen und Mitgliedsstaaten respektiert werden!

Öffentliche Dienstleistungen hoher Qualität, die allen zur Verfügung stehen und bezahlbar sind!

Öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Wasser, Gesundheit, Verkehr, Bildung etc. dürfen nicht rein an Wettbewerbskriterien ausgerichtet werden. Das geht zu Lasten der Qualität und Zugänglichkeit der Dienstleistungen und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Privatisierungsbestrebungen müssen gestoppt werden!

Kurz und knapp fordern wir:

Investitionen in nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit! Schluss mit der Kürzungspolitik! Schluss mit Prekärer Beschäftigung!

Einhaltung und Stärkung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte! Schluss mit der Missachtung von Arbeitnehmerrechten und Tarifautonomie!

Hohe soziale Sicherheit und hochwertige öffentliche Dienstleistungen! Schluss mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Sozialdumping!

Wir erwarten, dass die Politik auf die Menschen und nicht vorrangig auf die Märkte ausgerichtet wird!